

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2015 / Ausgabe 132 - 27. November 2015



**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

758.473 „Zugänge von Asylsuchenden“ wurden von Januar bis Oktober 2015 an Deutschlands Grenzen registriert. Seit dem Sommer jagt Monat um Monat ein Rekord den nächsten. Ungeachtet der kalten Jahreszeit ist schon vor Ablauf des Novembers klar: die Schallmauer von einer Million Menschen dürfte wohl durchbrochen sein.

„Die wirklich wichtige Großbaustelle ist der Familiennachzug. Zur Verdeutlichung: die Geburtenrate in den Krisenländern lag im Jahre 2000 je nach Land bei vier bis acht Kindern. Das ist die Generation der heute Jugendlichen. Den Nachzugsfaktor inklusive Eltern kann man also an einigen Millionen Fingern abzählen.“

IN DIESER AUSGABE

*Flüchtlinge und
Armutswanderung*

Haushalt 2016

Euro

In den vergangenen Wochen drangen aus dem Innenministerium und der Mitte der Fraktion immer wieder sinnvolle regulatorische Vorstöße durch, die aber entweder vom Kanzleramt höchstpersönlich oder dem Koalitionspartner SPD abgeschmettert wurden. Stattdessen einigte man sich auf kollektive Tatenlosigkeit, X-Punkte-Pläne, Gipfeltreffen und Placebo-Maßnahmen. Die Wirkung der bisherigen Maßnahmen bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Sie sind schlicht zu halbherzig. Wir haben bisher viel Papier produziert, die Grenze ist aber immer noch offen.

Mein Buch hat es mittlerweile auf verschiedene Bestsellerlisten geschafft. Das rbb Kulturradio schrieb sogar: „**Von Rettern und Rebellen** ist das beste Buch eines aktiven Politikers in diesem Jahr.“ Für die vielen Zuschriften zu meiner Veröffentlichung möchte ich mich herzlich bedanken.

Büro Berlin:

Klaus-Peter Willsch MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: (030) 227 73124
Fax: (030) 227 76124
klaus-peter.willsch@bundestag.de
www.klaus-peter-willsch.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB
Hirsenstr. 13
65329 Hohenstein
Tel.: (06120) 91 00 51
Fax: (06120) 91 00 52
klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de



FLÜCHTLINGE UND ARMUTSWANDERUNG

758.473 „Zugänge von Asylsuchenden“ wurden von Januar bis Oktober 2015 an Deutschlands Grenzen registriert. Seit dem Sommer jagt Monat um Monat ein Rekord den nächsten – mit Steigerungsraten im dreistelligen Prozentbereich. Allein der Oktober stellte mit 181.000 illegalen Einreisen einen bislang beispiellosen Rekord dar. In der verzweifelten Hoffnung auf eine dämpfende Wirkung der kalten Jahreszeit hält die Bundesregierung zwar an ihrer ursprünglichen Prognose von 800.000 Flüchtlingen für das laufende Jahr fest. Doch nachdem die Bundespolizei Anfang dieser Woche meldete, dass bereits nach den ersten drei Novemberwochen der Oktober-Rekord eingestellt wurde, ist klar: die Schallmauer von einer Million Menschen dürfte damit wohl durchbrochen sein. Ein substanzieller Teil der Flüchtlinge entzieht sich schließlich gänzlich der Registrierung. Solange jeden Tag eine Kleinstadt – bis zu 10.000 Menschen – in unser Land strömt, werden wir der Lage nicht Herr.

In den vergangenen Wochen drangen aus dem Innenministerium und der Mitte der Fraktion immer wieder sinnvolle regulatorische Vorstöße durch, die aber entweder vom Kanzleramt höchstpersönlich oder dem Koalitionspartner SPD abgeschmettert wurden. Stattdessen einigte man sich auf kollektive Tatenlosigkeit, X-Punkte-Pläne, Gipfeltreffen und Placebo-Maßnahmen. Die Wirkung der bisherigen Maßnahmen bleibt weit hinter den Möglichkeiten zurück. Sie sind schlicht zu halbherzig:

Am 25. Oktober einigten sich die europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Westbalkangipfel auf einen 17-Punkte-Plan. Darin enthalten war die Aussage, dass der ungebremste Weitertransport von Flüchtlin-

gen in ein anderes Land ohne dessen Zustimmung nicht weiter hingenommen werden könne. „Die Politik des Durchwinkens“ sei „nicht akzeptabel“, hieß es in dem Abschlussdokument. Das käme natürlich in erster Linie uns zu Gute. Wirklich geändert hat sich indes nichts. Der Zustrom ist nach wie vor immens, obwohl ein Migrant auf dem Weg von der Türkei nach Deutschland über die Balkanroute sieben Grenzen überqueren muss.

Am 5. November einigten sich die Parteivorsitzenden von CDU, CSU und SPD dann auf ein in Teilen vielversprechendes, letztlich aber wirkungsschwaches Beschlusspapier. Zu den konstruktiven Vorschlägen gehörten die Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung der Asylverfahren durch einheitliche Ausweise samt Datenbank, die eine rasche Identifizierung der Flüchtlinge ermöglichen und somit mehr Ordnung in den chaotischen Flüchtlingsstrom bringen sollte. Registrierung und Ausstellung des Ausweises sollen Voraussetzung für die Stellung eines Asylantrages und für die Beantragung und Gewährung von Leistungen sein. Wer sich künftig also um die Registrierung drückt, geht leer aus. „No registration, no rights“, wie in einem non-paper der EU-Kommission richtig gefordert wird.

Währenddessen brach in Deutschland die Debatte um das sogenannte Flughafenverfahren aus. Konzeption und Zielsetzung waren klar und unverfänglich: Menschen aus sicheren Drittstaaten sind nicht an Leib und Leben bedroht. Sie sind es, die in den Transitzone identifiziert und umgehend in ihre Herkunftsländer zurückgeschickt werden sollten. Es ging darum, umgehend ein Asyl-schnellverfahren zu installieren, um die große Zahl offensichtlich unbegründeter Anträge, vor allem aus sicheren Herkunftstaaten, schon an der Grenze abweisen zu können. Doch jede Sachlichkeit wurde mit wüsten KZ- und Inhaftierungsvergleichen

im Keim erstickt. Dabei beschloss am 9. November sogar der EU-Ministerrat explizit, „dass die Mitgliedstaaten als Maßnahme gegen die potenziell mangelnde Kooperation der Migranten bei deren Ankunft in der Europäischen Union – unter uneingeschränkter Achtung der Grundrechte und des Grundsatzes der Nichtzurückweisung – die ihnen im Rahmen des EU-Besitzstands zu Gebote stehenden Möglichkeiten ausschöpfen werden, wie (1) Asylverfahren an den Grenzen oder in Transitzonen; (2) beschleunigte Verfahren; (3) Nichtzulässigkeit von Asylfolgeanträgen; (4) Zwangsmaßnahmen, die als letztes Mittel auch eine Inhaftierung für den Zeitraum vorsehen, der für den Abschluss der zugrunde liegenden Verfahren längstens erforderlich ist.“

Der zweite Vorstoß des Beschlusspapiers ging zumindest auf de Maizières vergeblichen Versuch der Errichtung von Transitzonen zurück und richtete sich explizit gegen Wirtschaftsmigranten aus sicheren Drittstaaten. Drei der vier stärksten Hauptherkunftsländer fallen in diese Kategorie. Für Asylbewerber aus diesen Ländern, mit Wiedereinreiseperrren, mit Folgeanträgen oder ohne Mitwirkungsbereitschaft wird ein beschleunigtes Asylverfahren durchgeführt. Für diese Personengruppe gilt überdies eine verschärfte Residenzpflicht, die bei Zuwiderhandlung das Erlöschen des Asylantrages und die sofortige Ausweisung zur Folge hat. Abschiebungen sollen zudem unmittelbar aus der Aufnahmeeinrichtung heraus erfolgen, damit aussichtslose Asylbewerber gar nicht erst auf die Kommunen verteilt werden. Diese Desillusionierungskampagne deutscher Wohlfahrtsromantik kommentierte der Innenminister mit den Worten: „Die Menschen müssen die Erfahrung machen: Wir sind schnell wieder zu Hause.“ Immerhin scheinen diese Maßnahmen der Beseitigung von Fehlanreizen zu greifen. Der

Zustrom vom Balkan ist signifikant zurückgegangen.

Die wirklich wichtige Großbaustelle Familiennachzug (Sekundärmigration) scheint hingegen in den Reihen der Entscheider die heiße Kartoffel zu sein. Dabei geht es um nichts Geringeres als die Frage, ob und um welchen Faktor wir die Zahl der Asylanten und der Geduldeten in den kommenden Jahren potenzieren müssen. Zur Verdeutlichung: die Geburtenrate in den Krisenländern lag im Jahre 2000 je nach Land bei vier bis acht Kindern. Das ist die Generation der heute Jugendlichen. Den Nachzugsfaktor inklusive Eltern kann man also an einigen Millionen Fingern abzählen. Die Koalitionsspitzen haben sich sodann darauf verständigt, zur „besseren Bewältigung der aktuellen Situation“ den Familiennachzug für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren auszusetzen. Da dies aktuell nur 1.366 Personen betrifft, verwies jüngst mein Kollege Thomas Strobl mit Blick auf die große Zahl syrischer Flüchtlinge darauf, dass selbst der vielzierte Musterknabe der Sozialstaatlichkeit, Schweden, der Hälfte der syrischen Flüchtlinge lediglich subsidiären Schutz gewährt. Unter dieser Prämisse wäre auch in Deutschland eine verschärfte Asylpraxis möglich.

Im derzeitigen Ringen um das zweite Asylpaket sah der ursprüngliche Referentenentwurf zumindest vor, die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge unter subsidiären Schutz zu stellen, um in ihren Herkunftsländern den Anreiz zu beseitigen, Kinder als Vorauskommando für Familiennachzug alleine auf die Reise zu schicken. Aus dieser perfiden Praxis hat sich mittlerweile ein florierender Markt für Schlepper entwickelt. Allein im September und Oktober 2015 kamen mit 25.000 Personen so viele wie zuvor von Januar bis Ende August. Im Gutmen-

schenmilieu stößt dieser Vorstoß selbstverständlich auf heftige Gegenwehr. Dass man dafür Kinder in Schlauchboote setzt, scheint nicht weiter zu stören. Es dominiert das Idyll der wiedervereinten Familie.

Ebenfalls auf Drängen der SPD wurden erweiterte Kriterien für Asylschnellverfahren aus dem ursprünglichen Gesetzesentwurf gestrichen. Neben Asylbewerbern aus sicheren Drittstaaten sollten nun auch Antragsteller diesem Verfahren unterzogen werden, die offensichtlich unwahrscheinliche, falsche oder widersprüchliche Angaben machen. Ich bin fassungslos, dass man sich über solche Selbstverständlichkeiten überhaupt streiten muss. „Die Blockade einer sinnvollen Anpassung des Rechts an die neue Situation gefährdet die Akzeptanz des Rechtsstaats“, flankierte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Michael Kretschmer, diese Vorstöße.

Warum insbesondere ein hartes Vorgehen gegen Asylmissbrauch dringend angezeigt wäre, hat der Brandbrief der Mitarbeiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (Bamf) in erschreckender Ehrlichkeit offenbart. Darin heißt es: „In einem sogenannten verkürzten (schriftlichen) Verfahren wird Asylsuchenden aus Syrien und Eritrea sowie manchen Glaubenszugehörigen aus dem Irak der Flüchtlingsstatus – unter Verzicht auf eine Identitätsprüfung – zuerkannt. Diese Praxis ist ausschließlich den Rückständen geschuldet und nach unserem Dafürhalten mit dem Rechtsstaatsgebot nicht vereinbar.“ Die Erfahrung der Mitarbeiter zeige zudem, dass ein großer Teil der Asylsuchenden eine falsche Identität angebe. Auch der Innenminister habe erklärt, 30 Prozent der Asylsuchenden gäben sich als Syrer aus, seien in Wahrheit aber keine.

Für diejenigen im Strom der Flüchtlinge und Zuwanderer, die wirklich unseres Schutzes

bedürfen, weil sie vielfach vor den Schlächtern des "Islamischen Staates" (IS) geflohen sind, gilt das Gleiche wie für unsere eigene Bevölkerung: Wir müssen wachsam sein, damit neben Opfern nicht auch Täter ins Land kommen!

Die Anschläge von Paris haben uns auf schreckliche Weise vor Augen geführt, dass der Terror des IS nicht nur in einer fernen arabischen Wüste, sondern bereits in unserem europäischen Alltag seine grausamen Verbrechen begeht. Gerade erst sagte Innenminister de Maizière, die Zahl der Gefährder sei so hoch wie nie zuvor. Offiziell seien bislang 760 Terrorkrieger aus Deutschland in den Irak und nach Syrien gereist, um sich dort ausbilden zu lassen und zu morden. Rund ein Drittel von ihnen sei bereits wieder zurück nach Deutschland gereist. Die größte Gruppe der reisenden Dschihadisten seien Männer unter 30 – so wie die größte soziologische Gruppe der Flüchtlinge. De Maizière kommentierte dies mit den Worten: „Es gab und gibt Hinweise, dass sich Terroristen unter die Flüchtlinge mischen.“

Im Brief der Bamf-Mitarbeiter heißt es dazu: „Der Wegfall der Identitätsprüfung erleichtert zudem auch das Einsickern von Kämpfern der Terrormiliz IS nach Mitteleuropa und stellt ein erhöhtes Gefährdungspotential dar.“ Offiziell trage das Bundesamt diesem massenhaften Missbrauch zwar Rechnung. „Tatsächlich aber verzichtet das Bundesamt auf eine Identitätsprüfung, was anhand (angeblich) syrischer Asylsuchender dargestellt werden soll: Syrer ist, wer sich schriftlich im Rahmen einer Selbstauskunft als Syrer bezeichnet (im Fragebogen an der richtigen Stelle ein Kästchen ankreuzt) und der Dolmetscher (in der Regel weder vereidigt, noch aus Syrien kommend) dies bestätigt. Die Dolmetscher stehen weder im Arbeitsverhältnis mit dem Bundesamt, noch werden sie in irgendeiner Weise auf die Rechtsordnung der Bundesrepublik

Deutschland vereidigt. Letztlich wird diesen Dolmetschern alleine die Prüfung des Asylgesuchs [...] überlassen. Neben der Selbstauskunft eines Asylsuchenden, der keinerlei Personaldokumente vorgelegt hat und der niemals angehört wurde, befindet sich dann in der „Akte“ ein zweizeiliger Aktenvermerk mit dem Inhalt, dass keine Hinweise vorliegen, dass es sich bei dem Antragsteller nicht um einen Syrer handelt. Eine solche massenhaft praktizierte Entscheidungspraxis steht unseres Erachtens mit einem rechtsstaatlichen Verfahren nicht im Einklang.“

Selbst nach ausdrücklicher Warnung der deutschen Botschaft in Beirut und des Innenministeriums vor regelrechten Antragspaketen mit gefälschten Zeugnissen und Diplomen, seien die Mitarbeiter (sogenannte „Entscheider“) des Bamf angehalten, „ohne erfolgte Echtheitsprüfung diesem Personenkreis den Flüchtlingsstatus zuzuerkennen.“ Mitarbeiter würden „nach nur einer drei- bis achttägigen (!) Einarbeitung als „Entscheider“ eingesetzt und angehalten, massenhaft Bescheide zu erstellen.“ Das geht wohl nicht zuletzt auf die massiven Minderkapazitäten des Bundesamtes zurück. Im bisherigen Rekordjahr 1992 hatte das Bamf 438.000 Asylanträge zu bearbeiten. Dazu standen dem Amt über 4.000 Mitarbeiter zur Verfügung. Heute sind es wohl jetzt schon eine Million Menschen bei rund 2.800 Mitarbeitern. Wie so vieles scheint das zum Scheitern verurteilt. In jedem Fall konterkariert der Brandbrief die Losung „Wir schaffen das!“. So zumindest nicht. Wir haben bisher viel Papier produziert, die Grenze ist aber immer noch offen.

Mein Antrag auf dem Landesverbandsausschuss der hessischen CDU am zurückliegenden Samstag in Hanau, an den nationalen Grenzen nicht nur zu kontrollieren, sondern Unberechtigten die Einreise zu verweigern, wurde (noch) deutlich abge-

lehnt. Dies ändert nichts an meiner Überzeugung, für die ich weiter kämpfen werde: solange die Kontrollen an den Schengen-Außengrenzen nicht funktionieren, müssen wir unsere eigenen Grenzen sichern. Auch für die Verhandlungen mit Griechen und Türken ist es wichtig, zunächst nachzuweisen, dass wir die Lage selbst im Griff haben. Sonst geben wir den Herren Tsipras und Erdogan quasi den Lautstärkeregel in die Hand, der immer wieder aufgedreht wird, wenn wir nach ihrem Ermessen nicht genug zahlen.

HAUSHALT 2016

Mit dem Bundeshaushalt 2016 haben wir das zweite Jahr in Folge einen Haushalt ohne neue Schulden beschlossen. Das Anwachsen des Schuldenberges ist damit gestoppt, was in der Vergangenheit selbst in konjunkturell guten Zeiten nie gelungen ist. Gleichzeitig erfolgt die Ausfinanzierung des auf drei Jahre (2016 bis 2018) angelegten zehn Mrd. Euro-Investitionspakets. Mit zusätzlichen Investitionen insbesondere in die öffentliche Infrastruktur und die Energieeffizienz stärken wir das Fundament für weiteres Wachstum in Deutschland. Die Investitionen werden gegenüber 2015 um gut 1,6 Mrd. Euro auf rd. 31,5 Mrd. € erhöht; die Investitionsquote liegt damit bei rund zehn Prozent.

Nicht zu vergessen ist die steuerliche Entlastung durch das Gesetz zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags sowie der Abbau der kalten Progression mit einem gesamtstaatlichen Volumen von 5,5 Mrd. Euro.

Die wachsende Anzahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern führt beim Bund zu (derzeit geschätzten) Mehrbelastungen von etwa 7,8 Mrd. Euro. Diese zusätzliche Belastung wird

zu einem großen Teil aus einer Rücklage finanziert, die sich aus einem Überschuss in Höhe von 6,1 Mrd. Euro aus dem Haushaltsjahr 2015 ergibt. Diese Rücklage ist beispielgebend und dokumentiert die erfolgreiche Konsolidierungspolitik der unionsgeführten Koalitionen der zurückliegenden Jahre, die getreu nach dem Motto ausgerichtet ist: Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not. Leider können wir die geernteten Früchte nur teilweise an diejenigen weitergeben, die die Grundlage für diese guten Zahlen gelegt haben: die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes.

EURO

Trotz erheblicher zusätzlicher Ausgaben halten wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt ein. Das ist ein wichtiges Signal an unsere europäischen Partner, die in vielen Fällen nur dann Solidarität einfordern, wenn es um eigene Belange geht. Der französische Wirtschaftsminister Emmanuel Macron sagte bei seinem Besuch im Bundestag ganz offen: „Wir sind nicht so solidarisch, wie wir es sein könnten.“ Aber das Gefühl, von den anderen EU-Mitgliedsstaaten in der Flüchtlingskrise allein gelassen zu werden, sei ähnlich zu den Empfindungen vieler südeuropäischer Staaten in den letzten Jahren. Auch Staaten wie Portugal, Spanien oder Griechenland hätten sich während der Eurokrise mehr Solidarität und Anteilnahme erhofft. Dass diese Staaten mit jeweils ein bis drei (!) milliardenschweren Rettungspaketen vor dem Staatsbankrott bewahrt wurden, von denen der deutsche Steuerzahler den Löwenanteil schultern musste, erwähnte Macron mit keiner Silbe.

Bereits Ende August sagte Macron in einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung offen, wohin die Reise gehen soll: „Meine Generation muss Europa von Grund auf erneuern. [...] Wollen wir die Neugründer

Europas sein – oder seine Totengräber? So wie bisher darf es nicht weitergehen. Es genügt nicht mehr, nur in kleinen Schritten voranzukommen – wir müssen das Wesen Europas verändern. [...] Und auch von Deutschland verlangt das Tabubrüche: Falls die Mitgliedstaaten wie bisher zu keiner Form von Finanztransfer in der Währungsunion bereit sind, können wir den Euro und die Euro-Zone vergessen.“

Macron vergisst dabei, dass in der Europäischen Union mit den Strukturfonds und dem Kohäsionsfonds bereits Finanztransfers etabliert sind. Deutschland ist hier seit jeher Nettozahler. Seit der Einführung des Euro-Bargeldes am 1. Januar 2002 hat Deutschland 114,1 Milliarden Euro mehr in die EU einbezahlt, als über die Fonds zurückfloss. Griechenland bekam im gleichen Zeitraum etwa 58 Milliarden Euro und ist somit der zweitgrößte Nutznießer der europäischen Kohäsionspolitik.

Während wir in Deutschland den Gürtel enger schnallen, um trotz der Flüchtlings- und Zuwanderungskrise keine neuen Schulden aufnehmen zu müssen, sehen andere in der aktuellen Krise eine Chance, den Fiskalpakt vollends auszuhöhlen. So sollen Ausgaben für Flüchtlinge nicht in jedem Fall bei der Berechnung des Defizits berücksichtigt werden. Erneut wird also wieder zwischen „guten“ und „schlechten“ Schulden unterschieden.

Während Deutschland seine Schuldenquote bis 2017 auf 65,6 Prozent senken kann, stecken Frankreich, Spanien, Irland, Portugal, Slowenien, Kroatien sowie Griechenland und Zypern weiterhin im Defizitverfahren fest. Besonders Frankreich genießt bei der Europäischen Kommission Narrenfreiheit. Das Land befindet sich, spätestens seitdem es gelang, mit Pierre Moscovici einen Landsmann und ehemaligen Finanzminister als

Währungskommissar zu installieren, auf der sicheren Seite.

In Griechenland geht indes das alte Spiel weiter. Es wird getrickst und Zeit geschunden; das Geld fließt früher oder später doch.

Portugal wird inzwischen von Antonio Costa regiert. Der sozialistische Ministerpräsident führt ein Linksbündnis an, das unter anderem auch vom marxistischen Linksblock und den Kommunisten getragen wird. Vor einigen Wochen feierten die Euro-Retter noch den amtierenden Regierungschef Pedro Coelho als Wahlsieger, übersahen dabei aber, dass man mehr als fünfzig Prozent der Sitze im Parlament braucht, um die Regierung zu stellen.

Und auch in Spanien wird im Dezember gewählt. Im Verlauf des Jahres lag Podemos, das spanische Pendant zu Syriza, bei den Wahlumfragen auf Platz 1. Im November gaben immerhin noch 17 Prozent der Befragten an, für einen Linksruck zu stimmen.

Es ist eine bedauerliche Entwicklung, dass uns die innenpolitische Entwicklung in anderen Ländern derart stark beschäftigt und vielen sogar den Angstschweiß auf die Stirn treibt. Es handelt sich dabei aber leider um eine Zwangsläufigkeit. Mit den vielen Milliarden, die wir den Schuldensaatzen zur Verfügung stellten, sind wir auf deren guten Willen angewiesen. Sobald Deutschland auf die Einhaltung von getroffenen Vereinbarungen pocht, wird es von seinen Gläubigern als Lehrmeister empfunden.

Ganz nebenbei laufen die Arbeiten an einer europäischen Einlagensicherung auf Hochtouren. Zwar wehrt sich die Bundesregierung noch gegen die Pläne der Europäischen Kommission, bis 2024 einen gemeinsamen Versicherungstopf einzurichten, der Einlagen in Höhe von bis zu 100.000 Euro von Bankkunden zu garantieren. Dabei soll egal sein, ob es sich um eine italienische, französische, griechische, zyprische oder deutsche

Bank handelt. Auch die deutschen Sparkassen und Volksbanken sollen sich gemäß den Plänen an der Einlagensicherung beteiligen, obwohl sie über ein eigenes Sicherungssystem verfügen. Während wir in Deutschland krisensicher aufgestellt sind, verfügt die Hälfte der EU-Mitgliedstaaten überhaupt nicht über ein eigenes Einlagensicherungssystem. Nicht umsonst äußerte Andreas Dombret, ein enger Vertrauter von Jens Weidmann und Mitglied im Vorstand der Deutschen Bundesbank, anlässlich der Vorstellung des Finanzstabilitätsberichts:

„[Eine] gemeinsame Einlagensicherung [würde] dazu führen, dass die Folgen falscher nationaler Politikentscheidungen auf alle Sparer im Euro-Raum abgewälzt würden. [...] Solange Banken noch immer viele Staatsanleihen ihres Heimatlandes in ihren Bilanzen halten, führt eine gemeinsame Einlagensicherung dazu, dass Risiken aus staatlicher Verschuldung vergemeinschaftet werden. Letztlich würden damit Euro-Bonds durch die Hintertür eingeführt.“

Die Geschichte der Eurokrise ist eine des Einknickens unserer Bundesregierung vor den europäischen Institutionen und den (südeuropäischen) Mitgliedsstaaten unter französischer Führung. Trotz vollmundiger Ankündigungen gibt es bis heute weder ein Insolvenzverfahren für Staaten noch eine Privatsektorbeteiligung bei Rettungspaketen. Dafür haben wir mit dem ESM einen permanenten Rettungsschirm bekommen, aus dem Banken aus Pleitestaaten nun direkt rekaptalisiert werden können. Ich habe wenig Hoffnung, dass die Bundesregierung ihre Abwehrfront gegen eine gesamteuropäische Einlagensicherung mittel- bis langfristig aufrechterhalten wird. Die Zeiten, in denen unsere Bundeskanzlerin ehrfurchtsvoll als „Madame No“ bezeichnet wurde, sind lange vorbei.

In meinem Buch „Von Rettern und Rebellen“ habe ich akribisch all die (teils verdeckten) Tabu-, Wort- und Rechtsbrüche nachgezeichnet. Meinen Darlegungen hat bisher noch niemand widersprochen. Einigen brennt es vielleicht unter den Nägeln, aber wer will, dass etwas schnell vergessen wird, darf nicht darüber reden. Diese Taktik hat aber nur begrenzt zum Erfolg geführt: „Von Rettern und Rebellen“ hat es auf die Bestsellerlisten von Spiegel und Manager Magazin (dort sogar Platz 4) geschafft. In der Parlamentsbuchhandlung befindet sich der Titel unter den TOP 3. Das rbb Kulturradio schrieb sogar: „Von Rettern und Rebellen ist das beste Buch eines aktiven Politikers in diesem Jahr.“



Die Beliebtheit des Buches, das bereits in vierter Auflage erscheint, offenbart das große Informationsbedürfnis der Menschen in unserem Land. Für die zahlreichen Zu-

schriften im Nachgang meiner Veröffentlichung möchte ich mich herzlich bei Ihnen bedanken.

Ihr

Klaus-Peter Willsch

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.



<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>